

# Amerikanische Gewerkschaften besuchen Argentinien

Autor(en): **Romualdi, Serafino**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **39 (1947)**

Heft 9

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353298>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Recht in Anspruch nehmen, den status quo aufrechtzuerhalten, bis das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten sich zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes geäußert hat. Bereits kündigt sich unter den amerikanischen Gewerkschaften auch eine andere Entwicklung an, mit der die Sozialreaktionäre vermutlich nicht gerechnet haben. Diese besteht in der Annäherung der beiden grossen Gewerkschaftsgruppen, der Federation of Labor (AFL) — des alten Gewerkschaftsbundes — einerseits und des Congress of Industrial Organisation (CIO) andererseits, die noch vor kurzem untereinander in verbissener Fehde lagen. Interessanterweise ging die erste Anregung hierzu von der AFL aus. Es kam auch bereits zu einer ersten gemeinsamen Zusammenkunft von Delegationen, die zwar noch nicht den Zusammenschluss der beiden grossen Gruppen brachte, die aber einen von kameradschaftlichem Geiste getragenen Verlauf nahm, der das Zustandekommen einer Einigung keineswegs als aussichtslos erscheinen lässt. Es ist klar, dass eine solche Verschmelzung die Schlagkraft der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ganz bedeutend erhöhen würde, weshalb diese auch von der AFL sehr dezidiert angestrebt wird. Uebrigens hat der mächtige amerikanische Bergarbeiterverband, der einst der Hauptinitiant des CIO war, den Anschluss an die AFL längst wieder vollzogen.

Im Augenblick kommt den amerikanischen Gewerkschaften auch noch die Gunst der Wirtschaftskonjunktur zugute, da diese es ihnen gestattet, wenigstens die gefährlichsten Giftzähne des Taft-Hartley-Gesetzes durch entsprechende tarifvertragliche Sicherungen auszubrechen.

## Amerikanische Gewerkschafter besuchen Argentinien

Von *Serafino Romualdi*

Der nachstehende Bericht ist dem « American Federationist », dem Monatsorgan des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, vom April dieses Jahres entnommen. Der Verfasser war Sekretär und Uebersetzer der amerikanischen Gewerkschaftsdelegation.

Auf Grund einer Einladung der argentinischen Regierung, die später durch eine solche des Argentinischen Gewerkschaftsbundes ergänzt wurde, besuchte eine aus neun Arbeitervertretern bestehende Delegation des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes und der Eisenbahnvereinigung im Januar dieses Jahres Argentinien. Die amerikanische Arbeiterdelegation verweilte drei Wochen in Argentinien. Kurz nach ihrer Rückkehr gab sie einen umfangreichen Bericht heraus, dem in der Presse weiteste Publizität zuteil wurde. Die Schlussfolgerungen des Berichtes folgen nachstehend.



Unsere Feststellungen wurden seitens der argentinischen Regierun-  
gspresse heftig angegriffen. Auch die in Buenos Aires erschei-  
nende kommunistische Tageszeitung «La Hora» stimmte kräftig in  
diesen Chor ein. Das gleiche tat anschliessend die kommunistische  
Presse der andern südamerikanischen Länder. Diese Erscheinung  
ist nur zu begrüßen, da in ihr die Gegnerschaft der beiden totali-  
tären Extreme zu den demokratischen Anschauungen zum Aus-  
druck kommt.

Da es an Raum fehlt, um den vollen Text des Berichtes mit  
seinen 17 Anlagen zu veröffentlichen, muss ich mich auf eine sum-  
marische Zusammenfassung des Inhalts beschränken.

Der Bericht beginnt mit einer kurzen Einleitung, welche die  
Vorgeschichte der Reise, die Korrespondenz zwischen der argen-  
tinischen Gesandtschaft in Washington und dem Amerikanischen  
Gewerkschaftsbund, und die Umschreibung des genauen Reise-  
zwecks der Delegation enthält. Verschiedene dokumentarische An-  
lagen bekräftigen grossenteils in überzeugender Weise unsere  
Auffassung, dass die Hauptaufgabe der Delegation darin bestand,  
die Arbeitsbedingungen sowie die wirtschaftlichen und politischen  
Verhältnisse des Landes zu studieren sowie zu überprüfen, ob die  
wiederholt abgegebenen Versicherungen hinsichtlich der Unab-  
hängigkeit der argentinischen Arbeiterbewegung der Wirklichkeit  
entsprechen. Dies wurde auch in der ursprünglichen Einladung an  
den Amerikanischen Gewerkschaftsbund und an die Amerika-  
nische Eisenbahnvereinigung seitens des argentinischen Gesandten  
in Washington ausdrücklich festgestellt.

Nach ihrer Ankunft in Argentinien kam es zu drei unerwar-  
teten Zwischenfällen, die vorübergehend bewirkten, dass die Dele-  
gation eine unverzügliche Rückkehr in die Vereinigten Staaten ins  
Auge fasste.

Der erste Zwischenfall ergab sich aus der Abwesenheit des Ar-  
gentinischen Gewerkschaftsbundes, welcher verabredungsgemäss die  
amerikanische Delegation auf ihrer Reise begleiten sollte, und mit  
welchem wir ein gemeinsames Programm aufstellen wollten. Tat-  
sächlich waren die ganzen Vorbereitungen nicht vom Argentinischen  
Gewerkschaftsbund, sondern vom argentinischen Arbeits-  
minister getroffen worden, der auch ein Empfangskomitee der ar-  
gentinischen Arbeiter bestellt hatte und sich von Anfang an mit  
allen Einzelheiten der Reise befasste. Der Argentinische Gewerk-  
schaftsbund beschwerte sich sofort über seinen Ausschluss, was von  
uns nachdrücklich unterstützt wurde.

Man machte uns auch eine beruhigende Zusage, aber am Tage  
nach unserem Empfang verschwand der Argentinische Gewerk-  
schaftsbund vollständig von der Bildfläche. Schlimmer noch: die  
Leiter des Argentinischen Gewerkschaftsbundes wurden allesamt  
gezwungen, ihre Büros zu verlassen, und der Generalsekretär Luis

F. G a y wurde überhaupt nicht mehr gesehen. Der Gewerkschaftsbund wurde während der Zeit unseres Aufenthaltes in Argentinien unter eine Art Aufsicht gestellt, so dass ein Kontakt zwischen uns und dieser Organisation unmöglich war.

Infolgedessen beschloss die Delegation, auf die Fortsetzung ihrer Arbeit unter der aktiven Mitwirkung des ursprünglichen, vom Arbeitsminister bestellten gewerkschaftlichen Empfangskomitees zu verzichten und das bestmögliche zu tun, um ihre Mission zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Der zweite Zwischenfall ereignete sich an einer privaten Konferenz mit dem Präsidenten P e r ó n, die dem offiziellen Empfang folgte und in welcher der Präsident sich heftig dagegen verwahrte, dass der Zweck der Mission darin bestehe, « Untersuchungen » über die Arbeiterbewegung oder andere Dinge in Argentinien anzustellen. Dieser Zwischenfall wurde am folgenden Tage in einer Konferenz mit dem Aussenminister B r a m u g l i a und hernach in einer Konferenz mit Präsident Perón beigelegt. Der Bericht führt hierüber aus: « Das Unterkomitee betonte klar und nachdrücklich, dass es ablehne, die grundlegenden Zwecke der Mission zu revidieren. Es unterstrich, dass diese Zwecke und die zu ihrer Erreichung zu befolgenden Methoden vor der Ankunft der Delegation in Argentinien seitens aller Beteiligten genau festgelegt worden waren. Präsident Perón gab zu verstehen, dass die Regierung gewillt sei, die Angelegenheit als erledigt zu betrachten und dass die ursprünglichen Abmachungen Geltung behalten. »

An einer folgenden Zusammenkunft, der die Presse und argentinische Gewerkschaftsvertreter beiwohnten, erklärte Präsident Perón, « dass die USA-Delegation die Freiheit habe, jede Person oder Organisation in Argentinien zu befragen und ihr dienliche Auskünfte einzuziehen ». Zugleich sagte er der Delegation die restlose Unterstützung seitens der Regierung zu. Es muss gesagt werden, dass von einigen kleineren Zwischenfällen mit Mitgliedern des argentinischen Empfangskomitees abgesehen, für die es aber unfair wäre, die Regierung zu tadeln, die Delegation tatsächlich die Freiheit besass, « jede Person oder Organisation zu befragen », und dass sie imstande war, ihre Aufgabe ohne grössere Schwierigkeiten zu erfüllen.

Der dritte Zwischenfall war eine Kampagne, die in der Regierungspresse gegen mich persönlich inszeniert wurde. Als Sekretär und Dolmetscher der Delegation hatte ich die Pflicht, Einwendungen wegen der Abwesenheit des Argentinischen Gewerkschaftsbundes zu erheben und den ursprünglichen Zweck unseres Besuches gegen Versuche zu verteidigen, die diesen eher als eine « Verbrüderung » denn als eine Studien- und Untersuchungsreise interpretierten. Dieser Standpunkt wurde als ein erklärter Versuch, die Pläne der Regierung zu sabotieren, hingestellt. Einmal im



Gange, war es schwer, diese Kampagne ohne Prestigeverlust wieder abzustoppen.

Wie in dem Bericht im einzelnen nachgewiesen wird, erklimmte diese Kampagne unglaubliche Gipfel der Phantasie, indem ich beschuldigt wurde, mit Gay, dem abgesetzten Sekretär des Argentinischen Gewerkschaftsbundes, sowie mit dem amerikanischen Sekretärassistenten Braden konspiriert zu haben, um Perón die Unterstützung der Arbeiter zu entziehen. Das Ziel dieser schlecht beratenen Kampagne ging dahin, meine Beseitigung von der aktiven Teilnahme am Werk der Delegation dadurch herbeizuführen, dass man mich als *persona non grata* bezeichnete. Ich muss indessen sagen, dass alle Mitglieder der Delegation mich mit Würde und Festigkeit unterstützt und mir wiederholt Zeichen der Solidarität bekundet haben, für die es mir ein Bedürfnis ist, öffentlich zu danken.

Die Ereignisse, die unter unseren Augen im Argentinischen Gewerkschaftsbund stattfanden und deren Höhepunkt die Entfernung und das Verschwinden des Generalsekretärs Luis F. Gay und fast aller Mitglieder des Exekutivkomitees auf Grund von Anschuldigungen bildeten, die in jedem demokratischen Land eher zu deren Gunsten als zu ihren Ungunsten gesprochen hätten und die ein Resultat der öffentlich zugegebenen Intervention des Präsidenten Perón selber waren, haben die Delegation, die in der Hoffnung nach Argentinien gekommen war, hier eine Arbeiterbewegung zu finden, die wohl hinter Perón stand, aber gleichwohl Meister ihres eigenen Geschickes war und auch die Freiheit hatte, ihre eigenen Methoden zu wählen und zu handhaben, aufs tiefste betrübt.

Was das Schicksal des Sekretärs Gay angeht, so waren wir bis zum Tage unserer Abreise ausserstande, irgend etwas Endgültiges festzustellen. Es erreichten uns allerhand Gerüchte, darunter auch ein solches, wonach er verhaftet und hernach in Schutzhaft genommen wurde. Es fiel uns schwer, zu glauben, dass dieses das Schicksal des Leiters einer mehr als eine halbe Million Mitglieder zählenden Organisation sein könne, nur weil dieser zugegebenermassen mit den Gewerkschaftsplänen des Präsidenten seines Landes nicht einverstanden war.

Vor der Abreise befragte unser Vorsitzender die Leiter des offiziellen gewerkschaftlichen Empfangskomitees sowie Beamte des Arbeitsministeriums über das Schicksal des Sekretärs Gay. Zu unserer peinlichen Ueberraschung erklärten auch diese, dass sie absolut nichts von ihm wüssten.

Während ihres Aufenthaltes in Argentinien verbrachte die amerikanische Gewerkschaftsdelegation den grössten Teil ihrer Zeit in persönlichen Interviews mit Leitern und Mitgliedern von Ver-

bänden, die dem Argentinischen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, ferner mit Vertretern der bedeutenden unabhängigen Gewerkschaften sowie politischer Parteien und anderer Organisationen, sowohl solcher, die der Regierung angehörten, als solcher, die zu ihr in Opposition standen. Wo immer es möglich war, versuchten wir in den Besitz dokumentarischen Materials zu gelangen. Wir kamen auch mit Regierungsbeamten, Industriellen, einzelnen Arbeitern, Vertretern nordamerikanischer Firmen, die in Argentinien Geschäfte betreiben, sowie mit dem amerikanischen Gesandten und andern Personen seines Stabes zusammen, um auf diese Weise ein gut abgerundetes Bild von der wirtschaftlichen Lage des Landes und den Arbeitsverhältnissen zu erhalten. Auf diese Weise waren wir imstande, eine beträchtliche Menge wertvollen Materials zu sammeln, das nach der Rückkehr im Lichte der Eindrücke unserer Delegation gründlich studiert und geprüft wurde.

Die Delegation widmete einen grossen Teil ihres Berichtes sowie der Anlagen einer Analyse der Technik, die das Regime Perón anwendet und die auch schon seitens der militärischen Diktatur, die dem Regime Perón voranging (und in welcher Perón den wichtigsten Posten des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums innehatte), praktiziert worden war, um die Unterstützung der Arbeiterschaft und die Kontrolle über die Gewerkschaften zu gewinnen. Diese Technik — eine Mischung alter Regierungsmethoden, bestehend aus Zwang und Erpressung, und einer neuen Methode, die auf Protektion und legaler Anerkennung, bzw. Nichtanerkennung von Gewerkschaften beruht — verdient es, sorgfältig von jenen studiert zu werden, die in unserem Lande für eine stärkere Macht der Regierung in Fragen der Arbeiterschaft eintreten oder die gar eine Art direkter Regierungskontrolle verlangen. Die neuen Methoden der argentinischen Technik haben einige besondere Eigentümlichkeiten. Um diese zu verstehen, muss man sich in Erinnerung rufen, dass die Regierung bis heute ihre Macht nicht benützt hat, um die Klasse der Besitzenden gegen die Klasse der Nichtbesitzenden zu gebrauchen. Im Gegenteil: da die Regierung bestrebt ist, zur Behauptung ihrer Stellung die Unterstützung der Arbeiter zu gewinnen, befolgt die Regierung Perón eine Politik der Begünstigung der organisierten Arbeiterschaft, vorausgesetzt, dass diese ihr blinde Gefolgschaft leistet. Diese Technik bringt es mit sich, dass die Regierung jenen Gewerkschaften, die die Einordnung ablehnen, die gesetzliche Anerkennung versagt, die auf Grund des Dekrets vom 2. Oktober 1945 für das Wirken einer Gewerkschaft unerlässlich ist. In diesem Falle kann eine Gewerkschaft ihre regulären Tätigkeiten nicht verrichten. Gegen die Ablehnung der Anerkennung ist kein Appell an die Gerichte möglich. Die Entscheidung des Arbeitsministers ist endgültig.



Hat sich eine Gewerkschaft « koordiniert » — sei es durch Bestechung oder durch die Anstellung von Regierungs-Treuhändern oder sonstwie —, so zeigt sich die Regierung in der Gewährung von Subsidien oder spezieller Geschenke aus den öffentlichen Kassen generös, so dass die Gewerkschaft instand gesetzt wird, Spitäler und luxuriöse Sportklubs mit Schwimmbassins, Turnhallen, Spielplätzen usw. für ihre Mitglieder einzurichten.

« Zu diesen oben beschriebenen Methoden der Kontrolle der Gewerkschaften und der Leitung ihrer Tätigkeit », so heisst es in dem Bericht, « kommt noch, dass das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium auf dem Wege über die Gerichte die Möglichkeit hat, jederzeit auf die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einzuwirken. Wohl stimmt es, dass in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Politik der gegenwärtigen Regierung die Gerichte bei ihren Entscheidungen, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, sich liberal zeigen, doch wird auf diese Weise weiter eine Atmosphäre der Begünstigung durch die Regierung geschaffen, da der einzelne Arbeiter den Entscheid als ein Geschenk dieser Regierung auffasst. »

Wohin führt diese neue Technik der Leitung der organisierten Arbeiterschaft in Argentinien? Zweifellos ist das Resultat ein nie erlebtes Ansteigen der Mitglieder. Die Organisation der Lohnarbeiter ist in jeder Hinsicht eine Funktion der Regierung geworden, jedoch hat die Organisation nicht den Zweck, die Arbeiter mit einer machtvollen Waffe auszustatten, mit deren Hilfe sie eine bessere Zukunft erringen können, sondern dient lediglich dazu, die Basis der Regierung zahlenmässig zu erweitern.

Tatsache ist, dass die Arbeiterorganisation, die das Perón-Regime geschaffen hat und der es verschwenderisch beisteht, keine Seele besitzt, weil ihr jede Freiheit und Unabhängigkeit fehlen. Es handelt sich um eine vollständig kommandierte Angelegenheit, die nur den politischen Zwecken der Regierung dient, einschliesslich des Rechtes, über Freiheit und Demokratie das Todesurteil zu verhängen.

\*

Die Schlussfolgerungen, zu denen der Bericht der amerikanischen Delegation gelangte, lauten:

Eine gründliche und erschöpfende Analyse der Ereignisse, deren Zeuge wir während unseres Aufenthaltes in Argentinien waren, das Studium aller Aussagen, die Personen und Gruppen der Delegation und ihrem Subkomitee machten, ferner die Beweise, die in den als Anlagen dieses Berichtes wiedergegebenen Dokumenten zu finden sind, führen uns zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Formell geschieht seitens der Regierung wenig, um die bürgerlichen Freiheiten zu unterdrücken. Indessen besteht in Argen-

tinien entschieden eine allgemeine Atmosphäre der Angst und des gegenseitigen Argwohns, wodurch die Ausübung der gewöhnlichen bürgerlichen Freiheiten, namentlich seitens derjenigen Arbeiterorganisationen, die Antipathien gegen die Regierung haben oder solchen, welche auch nur wünschen, ausserhalb der politischen Tätigkeit zu bleiben, empfindlich gestört wird.

2. Wohl war die Regierung infolge der allgemein günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die gegenwärtig in Argentinien bestehen, in der Lage, zahlreiche längst fällige Wirtschaftsreformen durchzuführen; doch dienten diese Reformen grossenteils politischen Zwecken. Sozialgesetze ohne Freiheit sind vollkommen ungenügend und können ebensogut den Zwecken der Tyrannei dienen.

3. Abgesehen von den Erklärungen, die uns von den drei unabhängigen Gewerkschaften gemacht worden sind und welche allein schon hinreichen würden, um uns davon zu überzeugen, dass der Argentinische Gewerkschaftsbund, namentlich wie er heute beschaffen ist, ganz und restlos von dem Perón-Regime beherrscht wird, beseitigen die Ereignisse, die sich während unseres Aufenthaltes in Argentinien abgespielt haben, in dieser Hinsicht jeden Zweifel. Jene Elemente des Argentinischen Gewerkschaftsbundes, die wohl bereit waren, das soziale Programm der Regierung zu unterstützen, aber für die Arbeiterbewegung ein gewisses Mass von Unabhängigkeit beanspruchten — vielleicht gerade in der Absicht, auf diese Weise besser imstande zu sein, die Regierung wirksamer unterstützen zu können, wie dies in allen wirklich demokratischen Ländern der Fall ist —, sind nun brutal von jeder verantwortlichen Stellung im Gewerkschaftsbund entfernt worden. Diese Organisation wurde von einer Gewerkschaftsbewegung in einen politischen Arm der Regierung umgewandelt. Sie kann ihre Beamten nicht unabhängig von der Regierung wählen, sie kann und darf ihre Politik nicht unabhängig von der Regierung bestimmen, sie kann nicht unabhängig von den politischen und wirtschaftlichen Direktiven der Regierung Gesamtarbeitsverträge mit Unternehmern abschliessen, sie kann nicht selber ihre eigenen inneren Angelegenheiten verwalten.

4. Die Regierung hat massenweise gewöhnliche gewerkschaftliche Funktionen übernommen. Seit der Revolution von 1943 ging die Entwicklung mit Stetigkeit in der Richtung einer grösseren Beteiligung des Staates auf allen Gebieten, die die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern berühren. Dies führte zu einer ständigen Verminderung des Gebietes, auf dem eine freie Betätigung möglich ist. Der Staat begünstigt öffentlich die Organisation von Gewerkschaften, vermindert aber beständig die Freiheit des Arbeiters in der Wahl seiner Vertretung bei den Vertragsverhandlungen mit den Unternehmern.



5. In Argentinien bestehen noch unabhängige Gewerkschaften, die sich aus freien Arbeitern zusammensetzen, die für die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit von Regierungseinflüssen und für ihre organisatorische Integrität kämpfen. Obgleich diesen Organisationen zumeist die gesetzliche Anerkennung, die zur Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder notwendig ist, versagt wird, arbeiten sie mit grösstem Geschick, und wir haben allen Grund, zu glauben, dass sie ihre Funktionen als freie und demokratische Organisationen ausüben würden, sofern ihnen dies erlaubt wäre. Sieht auch die unmittelbare Zukunft nicht glänzend aus, so sind wir gleichwohl überzeugt, dass diese Organisationen für den schliesslichen Triumph ihrer gerechten Sache weiterkämpfen werden.

### In memoriam Ernst Reinhard

Völlig unerwartet ist am 19. Juni dieses Jahres **E r n s t R e i n h a r d** mitten in der Vollkraft der Mannesjahre und bei scheinbar ungebrochener Gesundheit aus einem von grossen Aufgaben angefüllten Leben abberufen worden. Sein früher Tod bedeutet für die gesamte Arbeiterbewegung des Landes einen immensen Verlust, der auch dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund sehr nahegeht, da Reinhard's Wirken sich mit diesem in vielfacher Hinsicht auf der gleichen Ebene traf. Dies war zuletzt noch im Kampf um die Alters- und Hinterlassenenversicherung der Fall, die in Reinhard einen ebenso beredten als leidenschaftlichen Verfechter fand und für die er, nur wenige Tage vor seinem Tod, in dem nachstehenden bewegten persönlichen Appell an das Schweizervolk eindringlich geworben hatte, der so zu einer Art Testament des Toten geworden ist:

Die Verwerfung der ersten Vorlage für die Alters- und Hinterlassenenversicherung im Jahre 1931 bildete den Auftakt zu einer Periode der schlimmsten Reaktion. Erst nach diesem Volksentscheid wagte der damalige Chef des Finanzdepartementes, Musy, seine Lohnabbaupolitik, mit der verheerenden Krisenfolge, richtig zu beginnen. Der Entscheid über die zweite, weitaus bessere Vorlage bedeutet zugleich eine Entscheidung über die weitere Bundespolitik; die Verwerfung würde, wie 1931, der schlimmsten Reaktion Tür und Tor öffnen; die Annahme sichert eine grosszügige soziale Politik des Bundes auch auf andern Gebieten für lange Zeit.

Wir sind gnädig dem Kriegsunglück entgangen; unsere Städte wurden nicht zerstört, unsere Jugend verblutete nicht